

## Wie allgemein ist der allgemeine Wehrdienst?

Seit Jahren ist während der Sommermonate, nachdem die Wehrpflichtigen des Jahrgangs eingezogen wurden, die Freistellung vom allgemeinen Wehrdienst Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. Auch in diesem Jahr hat die Debatte über die "Drückebergerei" zwei Schwerpunkte: die sogenannte Motivationskrise der Rekruten und das Ausmass der Freistellungen vom Militärdienst für männliche ultra-orthodoxe Wehrpflichtige. Mitte Juli gaben zwei Ereignisse den Anstoss zur Debatte und setzten damit auch die beiden Schwerpunkte. Zum einen zeigten die von der Armee veröffentlichten Rekrutierungsdaten nicht nur, dass mehr denn je Wehrpflichtige des Jahrgangs nicht eingezogen wurden (25 Prozent der männlichen Wehrpflichtigen),<sup>1</sup> sondern auch, dass die Zahl der Rekruten, die sich zu Kampfeinheiten gemeldet haben, im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent zurückgegangen ist. Darüberhinaus hat die Knesset am 18. Juli beschlossen, die Geltung des umstrittenen "Tal Gesetzes," das die Freistellung von ultra-orthodoxen Wehrpflichtigen regelt, um 5 Jahre zu verlängern.<sup>2</sup>

### Das "Tal Gesetz" wird verlängert

Seit Anfang der 50er Jahre besteht für die jüdische Bevölkerung eine allgemeine Wehrpflicht, von der orthodoxe Juden, die sich ganz dem Torah Studium in einer Jeschiwa widmen, freigestellt werden können. Die meisten, wenn auch nicht alle Jeschiwa Studenten lassen sich freistellen. Seit den 90er Jahren wurde dieses Arrangement zunehmend kritisiert. Die öffentliche Empörung über die wachsenden Zahlen der Freistellungen veranlassten 1999 den damaligen Regierungschef und Verteidigungsminister Ehud Barak, eine Kommission unter der Leitung des Richters im Ruhestand, Tzvi Tal, damit zu beauftragen, das Problem der Freistellung von Jeschiwa Studenten zu lösen. Erst im August 2002 trat das "Tal Gesetz," das auf dem von der Kommission vorgelegten Lösungsvorschlags beruht, in Kraft. Demnach sind Jeschiwa Studenten zunächst vom Militärdienst freigestellt. Mit 22 können sie ein Jahr ihre Studien unterbrechen, ohne eingezogen zu werden. Danach müssen sie entscheiden, ob sie ihr Studium an der Jeschiwa wieder voll aufnehmen. Falls sie dies nicht tun, können sie zwischen einem regulären, einem verkürzten Wehrdienst, der auch Reservedienst miteinschliessen kann, und einem anderthalbjährigen Zivildienst wählen. Das Gesetz, das als ein 5-jähriges Versuchsprojekt konzipiert war, sollte eine gesetzliche Grundlage für die Freistellung von Jeschiwa Studenten schaffen und zugleich zwei weitere Ziele verfolgen: es sollte Jeschiwa Studenten einen Anreiz bieten, sich eine Arbeit zu suchen, mit der sie ihren Lebensunterhalt verdienen können; und darüber hinaus sollte der Kreis der Wehrdienstleistenden wenigstens zum Teil erweitert werden. Die Umsetzung des Gesetzes ist allerdings weitgehend gescheitert, wie auch in einem Urteil des Obersten Gerichts über die Rechtmässigkeit des Gesetzes im Mai 2006 besonders hervorgehoben wurde. So haben von 2002 bis 2005 nur 3 Prozent der Jeschiwa Studenten von dem Freijahr Gebrauch gemacht. Allerdings ist auch von staatlicher Seite kaum etwas getan worden, um die Umsetzung zu fördern. Die Armee hat die Anzahl der Einheiten für einen verkürzten Wehrdienst nicht erweitert, und die Einrichtung von passenden Zivildienststellen wurde vom Finanzministerium mit dem Verweis auf fehlende Gelder blockiert.<sup>3</sup> Angesichts des so offensichtlichen Versagens ist es verständlich, dass die

Verlängerung der Geltung des Tal Gesetzes auf 5 weitere Jahre, nur als eine Provokation seiner Kritiker angesehen werden konnte.

### **Ungerechte Lastenverteilung?**

Unter der Überschrift: "50.000 meiden den Armeedienst. Ein Viertel der freigestellten Jeschiwa Studenten könnten Reservistendiensttage und Millionen von Dollar einsparen" veröffentlicht Alex Fishman einen Artikel,<sup>4</sup> in dem er die Situation wie folgt erklärt: Religiöse Wehrpflichtige, die sich dem Torah Studium widmen, können nach dem sogenannten Tal Gesetz, ihren Wehrdienst aufschieben. Während vor 15 Jahren nur 5 Prozent der Wehrpflichtigen aus diesem Grund freigestellt wurden, hat sich ihre Anzahl bis heute mehr als verdoppelt. Fishman berechnet, dass wenn ein Viertel dieser Freigestellten in der Infanterie dienen würden, bräuchten Reservisten der Infanterie nur noch für Übungen und nicht mehr für Einsätze eingezogen werden. Auch könnten dadurch die regulären Soldaten entlastet und sogar die Dauer des allgemeinen Wehrdiensts verkürzt werden. Fishman weist auch auf finanzielle Vorteile hin. Wenn ein Bataillon aus Jeschiwa Studenten, die vollen Wehrdienst leisten, aufgestellt würde, könnten fast 20 Bataillone von Reservisten aufgelöst werden. Nach seiner Berechnung könnte die Armee dadurch ca. 100 Millionen NIS (ca. 18 Millionen Euro) einsparen. Darüberhinaus hebt Fishman hervor, dass während der letzten 5 Jahre, d.h. unter der Regelung des Tal Gesetzes, die Zahl der Jeschiwa Studenten, die vollen Wehrdienst leisten, zurückgegangen ist, während die Anzahl derer, die einen verkürzten Militärdienst leisten (16 statt 36 Monate) um 20 Prozent gestiegen ist.

### **Krise – welche Krise?**

Fishmans Betonung der als ungerecht empfundenen Lastenverteilung wird von weiten Teilen der säkularen Öffentlichkeit geteilt. Die von ihm beschriebene Situation kann durchaus Grund für eine Motivationskrise bieten. In Anbetracht dessen müsste die Armee eigentlich ein Interesse daran haben, die Anzahl der freigestellten ultra-orthodoxen Wehrpflichtigen zu reduzieren. Deswegen ist es um so erstaunlicher, dass von offizieller Seite bisher so wenig für die Umsetzung des Tal Gesetzes getan wurde, und dass diese Regelung trotz der Mängel auf weitere 5 Jahre verlängert wurde. Zur gleichen Zeit wird die sogenannte Motivationskrise mit anderen Mitteln und auf einem anderen Gebiet bekämpft. Die Armee intensiviert ihre Werbekampagne an Schulen, wo sie besonders den Dienst in Kampfseinheiten anpreist. Im Rahmen der Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit Schulen im Kampf gegen die "Drückebergerei" hat die Armee bekannt gegeben, dass nach erfolgreichen Tests beschlossen wurde, Soldaten, die sich durch Tapferkeit und vorbildliche Führung ausgezeichnet haben, in ihre Werbeprojekte an Schulen einzubinden. Der persönliche Kontakt zwischen diesen Soldaten und den Schülern vor der Einberufung zum Militärdienst wird als effektives Mittel zur Bekämpfung der "Drückebergerei" und der mangelhaften Motivation künftiger Rekruten angesehen.<sup>5</sup>

Es gibt allerdings auch Stimmen, die die Existenz einer Krise überhaupt in Frage stellen. In einer Analyse, die in einer Reihe des Begin-Sadat Zentrums für strategische Studien der Bar-Ilan Universität veröffentlicht wurde, argumentiert Stuart A. Cohen, dass die Art

und Weise, in der die Rekrutierungsdaten von der Armee veröffentlicht wurden, bewusst irreführend ist, um weitere Budgetforderungen der Armee durchzusetzen.<sup>6</sup> Die Tatsache, dass 25 Prozent der 18-jährigen wehrpflichtigen Männer in diesem Jahr nicht eingezogen wurden, sollte eigentlich kein Grund für eine öffentliche Bestürzung sein. Er erklärt seine Einschätzung wie folgt:

Erstens sei die Anzahl derer, die nicht in der Armee dienen, in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich gestiegen. Mit anderen Worten: Es ist kein neues Phänomen.

Zweitens hat die relative Anzahl der Ultra-Orthodoxen unter denen, die keinen Wehrdienst leisten, tatsächlich beträchtlich zugenommen. 1980 waren es nur 3,7 Prozent. Ihr Anteil stieg beständig: 4,6 Prozent in 1990, 9 Prozent in 2000, 11 Prozent in 2007. Nach Cohens Ansicht ist der relative Anstieg jedoch kein Zeichen einer Krise, sondern lediglich eine Funktion der hohen Geburtsraten in dieser Bevölkerungsgruppe.

Drittens bietet ein Profil der übrigen 14 Prozent auch keinerlei Grund zur Annahme einer Krise: 4 Prozent entfallen auf Personen, die sich zur Zeit der Rekrutierung im Ausland befanden. Im Vergleich lag der Anteil dieser Personen in den späten 90er Jahren bei 4,6 Prozent. Wie in den Jahren zuvor entfallen 2 Prozent auf Personen, die entweder körperlich behindert oder verstorben sind. Weitere 3 Prozent entfallen auf Personen, die von der Armee aufgrund ihres Strafregisters ausgeschlossen werden. Deren Anteil hat sich seit 1990 verdoppelt.

Viertens entfallen die verbleibenden 5 Prozent auf Personen, die die Armee aufgrund "psychologischer Unverträglichkeit" ausschliesst. Nach Cohens Ansicht ist die Anzahl der tatsächlich psychisch Kranken wohl gering, so dass die meisten in dieser Kategorie als "Drückeberger" angesehen werden können. Dieser Anteil ist gestiegen. 1980 und 1990 lag er unter 4 Prozent, aber der Anstieg ist durchaus nicht dramatisch, selbst dann wenn ein Teil der 17,5 Prozent der Rekruten, die von der Armee vorzeitig aus dem Dienst entlassen werden, auch zu dieser Kategorie fallen.

Cohen findet die Zahl der "Drückeberger" erstaunlich niedrig, angesichts "der Verbreitung von post-modernen (mitunter post-zionistischen) Ideen in der heutigen israelischen Gesellschaft, einer Atmosphäre, die die individuellen Interessen vor denen der Gemeinschaft setzt; dem Wissen darüber, dass die Armee in den letzten zwei Jahrzehnten die meisten ihrer Truppen für Polizeiarbeit in den Gebieten eingesetzt hat, was für die meisten Rekruten im besten Fall unangenehm und im schlimmsten Fall in moralischer Hinsicht problematisch ist; dass vor nur kurzer Zeit, im Jahre 2005, die Armee einer grossen Anzahl ihrer einberufenen Soldaten, denen bei ihrer Einberufung gesagt wurde, dass sie einer 'Volksarmee' angehören, befiehlt, jüdische Bürger dazu zu zwingen, ihre rechtmässigen Häuser im Gaza Streifen zu räumen; und dass während des letzten Jahres kaum ein Tag ohne eine weitere Enthüllung über die fast unglaubliche Clownerei und Unfähigkeit, die die Armeekommandanten während des zweiten Libanonkriegs im letzten Sommer an den Tag gelegt haben, verstrich."

### **Welche Art von Armee?**

Die Analyse lässt eine Differenz zwischen der Öffentlichkeit und der Armee sichtbar werden. Ungeachtet der tiefgreifenden politischen Meinungsverschiedenheiten und Probleme dient die überwältigende Mehrheit in der Armee. Sie kommen der

allgemeinen Wehrpflicht nach. Die Kritik an der Freistellung der Ultra-Orthodoxen, die eine identifizierbare Gruppe sind, auch wenn sie immer noch weniger als die Hälfte der nicht-rekrutierten Wehrpflichtigen ausmachen, kann als Forderung gesehen werden, dass die allgemeine Wehrpflicht wirklich allgemein sein soll. Wenn die Armee in der Tat als Volksarmee konzipiert wäre, müsste sie das selbe Interesse verfolgen. Die Praxis zeigt jedoch ein anderes Bild. Das gilt nicht nur für den mangelhaften Beitrag der Armee in der Umsetzung des Tal Gesetzes. Auch die Tatsache, dass die Armee 17,5 Prozent der Soldaten vorzeitig aus dem Dienst entlässt, spricht dafür, dass sinkende Truppenzahlen als kein besonderer Grund zur Sorge angesehen werden. Während die Armee sich intensiv bemüht, Verweigerer aus Gewissensgründen, die aufgrund ihrer geringen Anzahl statistisch völlig irrelevant sind, zum Militärdienst zu zwingen, verläuft die grosse Zahl der vorzeitigen Entlassungen, nicht selten von Soldaten aus sozial schwachen Schichten, allem Anschein nach in einer reibungslosen Routine. Trotz der allgemeinen Wehrpflicht ist die israelische Armee wohl nicht mehr als Volksarmee konzipiert.

Uri Ben-Eliezer hat diese Transformation, die im Laufe der 90er Jahre stattfand, wie folgt skizziert.<sup>7</sup> Die erste Intifada, die 1987 begann, zeigte wie ineffektiv die militärische Macht eines grossen Heeres bei einem Volksaufstand und Guerrillakrieg ist. Sie hat auch gezeigt, wie schwierig es für eine Volksarmee ist, die sich aus den verschiedensten Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen politischen Ansichten zusammensetzt, Polizeiarbeit zu leisten. Der Golfkrieg (1991) gab eine Vorschau auf zukünftige Kriege, die mit technologischem Know-How und von Spezialisten ferngesteuerten Operationen geführt werden. Diese sehr unterschiedlichen Erfahrungen gaben den Anstoss zu einer weitgehenden Restrukturierung. Insbesondere während der Zeit, in der Ehud Barak Stabschef war (1991-1995), begann die Armee damit eine wachsende Anzahl von Wehrpflichtigen, insbesondere Neueinwanderer und Wehrpflichtige aus ärmeren gesellschaftlichen Schichten, freizustellen. Diese Praxis, die als selektive Rekrutierung bezeichnet werden kann, wurde damit gerechtfertigt, dass die Armee wirtschaftlich organisiert werden muss. Unter dem bei seinem Amtsantritt erklärten Motto: "Wer nicht schießt, wird entlassen" hat Barak u.a. Armeeeinheiten, Führungsstellen und andere Positionen aufgelöst sowie 4000 Berufssoldaten und mehr als 1000 Zivilisten entlassen. Die Veränderungen sollten die Armee den Anforderungen der Zukunft anpassen: High-Tech Kriege und Konflikte mit geringer Intensität, wie Guerrillakämpfe, erfordern eine "Small, Smart Army."

### **Neue Rekrutierungsformen**

In den 90er Jahren zeichnete sich auch eine deutliche Motivationskrise unter den Wehrpflichtigen sowie den Reservisten ab, die zunächst von der Armeeführung nicht weiter beachtet wurde, zumal sie der angestrebten zahlenmässigen Reduktion des Heeres entgegen kam. Erst im Sommer 1996 kam die Armeeführung zu dem Schluss, dass sie das Phänomen nicht weiter stillschweigend dulden kann, weil es die Stellung der Armee in der Gesellschaft unterminieren könnte. "In dem Wissen, dass eine Rückkehr zum status quo ante unmöglich ist, hat das israelische Oberkommando (...) eine andere Taktik gewählt, die auf der Idee beruht, die Armee wie ein kommerzielles Produkt zu vermarkten. Die Idee, den Militärdienst und die Rekrutierung auf individuelle Motivation

und Wahl zu gründen, passten zu den neuen Werten der jungen Generation, die an Selbsterfüllung und persönlichen Erfolg glaubt. In diesem Sinne began die Armee jungen Männern, die vor der Rekrutierung stehen, Listen mit möglichen Optionen für den Militärdienst zu schicken, in denen die Armee sich im allgemeinen und insbesondere ihre Kampfeinheiten anpries. (...) Die neue Politik ist ein Ausdruck der Privatisierung und Professionalisierung der Rekrutierung und des Militärdienstes.”<sup>8</sup> Die Strategie war erfolgreich: 1998 haben sich 86,4 Prozent der Eingezogenen des Jahrgangs für den Feldeinsatz gemeldet, was einen 11-prozentigen Anstieg im Vergleich zu 1996 darstellt. Gleichzeitig blieb der Anteil der Wehrpflichtigen, die den Militärdienst tatsächlich leisten, relative gering: 79 Prozent der Männer und 62 Prozent der Frauen.<sup>9</sup>

Angesichts dieser Zahlen scheint sich in den letzten 10 Jahren wenig geändert zu haben. Das Absinken der Rekrutierungsrate in diesem Zeitraum von 79 auf 75 Prozent ist wohl kaum eine dramatische Entwicklung, selbst wenn man/frau in Betracht zieht, dass der diesjährige Jahrgang zu den geburtenschwachen zählt. Obwohl die Armee in ihrer neuen Struktur kein besonderes Interesse an der zahlenmässigen Erweiterung der Truppen hat, ist damals wie heute gerade die Erweiterung des Kreises der Wehrdienstleistenden ein zentrales Thema in der öffentlichen Debatte. Vor 10 Jahren, als die Umstrukturierung der Armee noch relativ neu war, führte der öffentliche Druck zur Einrichtung der Tal Kommission. Wie lässt sich jedoch erklären, dass dies heute noch immer ein so heisses Thema ist?

### **Probleme mit der Infanterie**

Der Grund könnte in der Tat eine Motivationskrise sein. In einem Artikel unter der Überschrift “Eine andere Art der Drückebergerei” weist Ron Ben Yishai auf zwei häufig übersehene Entwicklungen hin.<sup>10</sup> Er erklärt, dass der allgemein hohe Anteil der Rekruten, die sich zu Kampfeinheiten melden, die Tatsache verdeckt, dass qualifizierte Soldaten in der Infanterie fehlen, obwohl die Armee im ganzen gewiss nicht unter Personalmangel leidet. Der Grund für diese Situation ist ein doppelter: Einerseits drängen sich besonders die hoch motivierten Kinder des israelischen Establishments in Eliteeinheiten. Diese sind attraktiv, weil sie relativ klein sind, hohe Anforderungen stellen, sehr angesehen sind und – aus der Perspektive der Eltern – als sicherer gelten als reguläre Truppeneinheiten. Somit fehlen diese qualifizierten Soldaten als Kommandanten in der Infanterie und ähnlichen, wenig angesehenen, Feldeinheiten, wie der zweite Libanonkrieg gezeigt hat. Andererseits gibt es nach Ben Yishai ein beträchtliches Ausmass an verdeckter “Drückebergerei.” Dabei handelt es sich um Rekruten, die eigentlich für Kampfeinheiten geeignet wären, die aber – häufig durch die Hilfe und durch die Beziehungen ihrer Eltern – in anderen Einheiten dienen oder es schaffen, vorzeitig entlassen zu werden. “Die meisten von ihnen würden den Militärdienst ganz vermeiden, wenn sie es könnten. Aber sie tun dies nicht, weil sie nicht in der Gesellschaft und bei der Arbeitssuche stigmatisiert werden wollen.”

Wenn Ben Yishais Einschätzung stimmt, gibt es relativ viele Soldaten, die eigentlich nicht den Militärdienst leisten wollen, wofür es – nach Cohen – eine beträchtliche Anzahl von guten Gründen gibt. Sie dienen trotzdem, weil sie angesichts der herrschenden Kultur des

Militarismus<sup>11</sup> nicht den Mut zu einem “new profile” aufbringen. Andererseits kann angenommen werden, dass sie eine der unmittelbarsten Zielgruppen für die gegenwärtige Motivierungskampagne der Armee sind, - wie sich bereits in Ben Yishais Artikel zeigt. Denn das Problem des Personalmangels in der Infanterie entwickelte sich trotz, oder gerade aufgrund der von der Armee gewählten Werbestrategie. Auch ist nicht zu erwarten, dass die Infanterie in den Augen der Anwärter auf die Eliteeinheiten, die ja gerade einen Höhepunkt in der Werbung darstellen, in der nahen Zukunft an Attraktivität gewinnt (und noch weniger in denen ihrer Eltern). In dieser Situation wird vielleicht auch verständlich, mit welcher Dringlichkeit die Forderung erhoben wird, dass nun endlich einmal “die anderen” (in diesem Fall die Ultra-Orthodoxen) zur Pflicht gezogen werden.

Ursula Wokoeck  
September 2007

---

<sup>1</sup> Die Tatsache, dass mehr als 40 Prozent der 18-jährigen Frauen in diesem Jahr nicht eingezogen wurden, hat in der Öffentlichkeit weit weniger Beachtung gefunden. Stuart A. Cohen, “The False ‘Crisis’ in Military Recruitment: An IDF Red Herring,” *Perspectives* Paper No. 33, July 23, 2007 at <http://www.biu.ac.i./SOC/besa/perspectives33.html>. Für Frauen gibt es zwei wesentliche Freistellungsgründe: sie sind entweder verheiratet oder ihre religiöse Lebensführung ermöglicht den Dienst in der Armee nicht.

<sup>2</sup> Amnon Meranda, “Knesset extends Tal Law by 5 years,” *Ynet.news.com* 2007-07-18

<sup>3</sup> Shahar Ilan, “Tal Law exempting ultra-Orthodox from military service set to expire,” *Ha’aretz* 21 Jan. 2007.

<sup>4</sup> Alex Fishman, “More than 50,000 avoid IDF service,” *Ynet.news.com* 2007-07-24.

<sup>5</sup> Hanan Greenberg, “Decorated soldiers to motivate recruits,” *Ynet.news.com* 2007-09-06.

<sup>6</sup> Cohen, “The False ‘Crisis’ in Military Recruitment.”

<sup>7</sup> Uri Ben-Eliezer, “Post-Modern Armies and the Question of Peace and War: The Israeli Defense Forces in the ‘New Times,’” *International Journal of Middle East Studies* 36 (2004): 49-70.

<sup>8</sup> *Ibid.*, 57.

<sup>9</sup> *Ibid.*, 58.

<sup>10</sup> Ron Ben Yishai, “Different kind of dodging: Israeli elites pick top units, shun field units that badly need capable troops,” *Ynet.news.com* 2007-08-12.

<sup>11</sup> Ruth Hiller and Sergeiy Sandler, “A Matter of Conscience: Militarism and Conscientious Objection to Military Service in Israel,” at <http://www.gilasvirsky.com/militarism.html>.